

Mietereiend in Sachsen

Zur heutigen Bandenkundgebung der sozialen Miete
Von Georg Schumann aus.

Mitglied des Wohnungsausschusses des Reichstages

Die Wollkette des Kapitalismus wirkt sich in Deutschland besonders im dichtbesiedelten Sachsen aus. Mit Hilfe der Mietverordnungen sucht die Regierung der herrschenden Klasse durch Steigerung der Profite und Entzug der Lebenslage der Weltländer das kapitalistische System aufrechtzuhalten. Die Mietverordnungen brachten den Arbeitern und Angestellten nicht nur neue ungewöhnliche Wohn- und Gehaltsabschaffu., nicht nur neue Mietsteuer, die das Einkommen der Weltländer weiter einschränkt, sondern auch der Wohnungsbau wird fast vollkommen abgeschnitten. Schließen im Reiche schon seit Jahren mehr als eine Million Wohnungen, so gibt selbst die günstig gesetzte Statistik für Sachsen das Fehlen von 155 000 Wohnungen an. In allen Teilen Sachsen in den Städten wie in den Industriegegenden des Sachsen Landes, ist die Wohnungswirtschaft ungewöhnlich. Hunderte von Familien hausen eng zusammengepresst oder in Baracken und Notwohnungen. Hunderte von Raumungssurteilen sind gefällt, die deshalb nicht vollstreckbar sind, weil nicht der geringste Raum vorhanden ist, um die Familien unterzubringen. Allein in der Stadt Weissenburg sind 70 Familien nur politisch notdürftig untergebracht, während 30 Raumungssurteile nicht vollstreckbar sind. Aus fast allen Städten Sachsen werden die gleichen, katastrophalen Zustände gemeldet.

Der gewerbliche Mittelstand befindet sich in der gleichen Lage. Durch die Wohn- und Gehaltsenkung wird die Kaufkraft der breiten Massen dauernd herabgesetzt und die Existenz des Kleinbetriebes geschmäleriert. Schließlich steht ihnen der wuchernde Hausbank noch der Aufhebung des Mieterschutzes für Leben und Gewerberäume den fälligen Ertrag ihrer Lebenschäft fort. Gerade in Sachsen sind Fälle bekannt, wo nach Aufhebung des Mieterschutzes die lebens- und liebenswerte Arbeitsmoral für Leben und Gewerbe verloren geht.

Die Neubaumieten, der mit Hilfe der ungerechten Mietzinssteuer gebauten Wohnungen sind so teuer, daß die Mehrzahl der Weltländer solche Wohnungen nicht bezahlen können. Obwohl von den Gemeinden aus der Mietzinssteuer noch Ansatzbilligungsschulde geleistet werden sind, beträgt die Neubaumiete ein Viertel bis ein Drittel des Einkommens ihrer Bewohner. Durch die Steigerung der Neubaumieten leben sich viele Mieter neuwagen, ihren kurzen Traum, eine gehende Wohnung zu bekommen aufzugeben und wieder in die alten Höfe zu ziehen.

Obwohl schon bisher trotz Mietzinssteuer der Wohnungsbau nicht die Hälfte des Neubaus an Wohnungen gegeben hat, droht die Notverordnung vom 1. 12. 1930 den Wohnungsbau vollständig. Die Hälfte des bisherigen Wohnungsschatzes der Mietzinssteuer wird weggenommen, um damit die Grund- und Gewerbeleute zu lenken. Die lästige Schiedsregierung hat obendrein von einer Bestimmung der Notverordnung Gebrauch gemacht und die Mietzinssteuer zu einer Landesteuer erklärt. Die Gemeinden müssen nunmehr die Einnahme der Mietzinssteuer sofort an die Staatsfeste abführen und dürfen nicht einmal den Betrag für sich behalten, den sie mit Tedium des Ausfalls der geleisteten Grund- und Gewerbe-

Von Hitler und den ermordet!

Hannover, 25. April (Eig. Druck). In Göttingen ist der Osteren von den Nazis schwer verletzt. Schneider Schleye seinen durchbohrten Mund erlegen. Schleye ist parteilos und war der einzige Ernährer seiner Mutter.

neuer benötigen. Die lästige Regierung droht den Gemeinden mit Geldstrafen bis zu 5000 Mark, die von 10 zu 10 Tage wiederholt fällig werden, wenn die Gemeinden die Abfertigung dieser Mietzinssteuer verzögern.

Außerdem steht das mögliche Wohnungsbauprogramm der Reichsregierung vor, daß in ganz Deutschland im Jahre 1931 doch mehr als 100 000 neue Wohnungen gebaut werden können und dazu noch Kleinstwohnungen mit 32 bis 45 Quadratmeter Wohnraum. Wie das Brüning-Programm für die nächsten fünf Jahre mit jährlich weniger Neubauwohnungen durchgeführt, so stehen im Jahre 1933 drei Millionen Familien in Deutschland ohne jeden Wohnraum da.

Zu dieser ungeheurelichen Drosselung des Wohnungsbauens kommt daß im 7. Teil der Notverordnung der Mieterschutz planmäßig abgebaut wird. Das Wohnungsmangelgebot soll am 1. April 1934, das Reichsmieten- und Mieterschutzgebot soll am 1. April 1936 außer Kraft treten. Aber schon mit dem 1. April dieses Jahres sind wesentliche Verschlechterungen in Kraft getreten. So gilt die gelegliche Miete nicht mehr für Wohnungen, die dem Wohnungsgesetz nicht mehr unterliegen. Das ist in Preußen für 25 Prozent und in Thüringen für 72 Prozent der Bevölkerung. Die lästige Regierung hat mit ihrer Verordnung vom 21. März 1931 ebenfalls begonnen, die Mieterschutzregeln über die Notverordnung hinaus zu lösen. Die drastische Bestimmung der Notverordnung aber ist, daß die Raumungsurteile in solchen Gemeinden, wo das Wohnungsmangelgebot nicht mehr besteht, kein Erstaufnahmen werden darf! Das bedeutet, daß in Deutschland Tausende von Familien aus ihren Wohnungen ausgeworfen werden, ohne daß sich jemand darum kümmert. Ausgangszeit Eisenbahnmotoren, Holzbaroden, Fabrikarbeiter, Bergleute, werden dann durch die Polizei mit losen egemittelten Familien belegt.

Was all diesen Tatsachen geht herauß, daß einem großen Teil der Weltländer brutal die Wohnung geraubt werden wird, wenn sie nicht die gesamte Mieterschaft dagegen wächst. Die Mieterschutzbewegung ist in Deutschland ununterbrochen gesplittet. Etwa 50 000 Mietern sind im Reichsbund Deutscher Mietern und etwa 30 000 im Bund Deutscher Mieterschutze organisiert. Obwohl in beiden Verbänden die Sozialdemokraten ausschlaggebend sind, vereinigen sie ihre leichten Söhnen zum Gedenken der Mieterschutz und kommen jede Einigung. Deshalb muß die Mieterschutz von unten diese Einigung herstellen, um so gemeinsam mit anderen sozialpolitischen Organisationen die Mietern der Welt in die Kampfgruppe zu führen. Ultimater und Kompromiß. Leben und Gewerbeamt, die alle müssen zusammenziehen, um auf deutscher Grundlage die Angriffe des Großkapitals erfolgreich abzuwehren. Die sozialdemokratischen Söhne soll dieser großen Mietenschiereinigung in den Weg.

So geht hier um die Fortsetzung der sozialen Existenz aller Mietern. Die sozialdemokratische sozialpolitischen Organisationen im Westen Sachsen hat den Mietern sieben Mieterschutzvereine gebogen und gemeinsam mit dem Reichsministerium Chemnitz und der Arbeitsgemeinschaft Chemnitz den Mieterschutzverein für den Zusammenhang eingerichtet. Das soll eine gemeinsame Mieterschutzgruppe werden, um auf deutscher Grundlage, auf den Söhnen des Großkapitals die freidaten Mietern der sozialen Mieterschutz für die Erringung menschlicher Rechte zu verschaffen.

Sturm der SPD-Arbeiter gegen Hoegner

DAS erklärt: „Die SPD — die größte bürgerliche Partei“

Das Organ der bürgerlichen Rüstungsindustrie, die großkapitalistische Deutsche Allgemeine Zeitung, bat am 20. April in einem Artikel folgende Erklärung gemacht:

„Die langsame Wandlung der Sozialdemokratie zur größten bürgerlichen Partei wird von uns nicht bekräftigt, sondern anerkannt; diese Wandlung verdient jede Förderung. Über auch aus diesem Grunde seien wir keine Gefahr darin, jetzt die Konsequenzen aus dem Erfolg der Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie im Reich und im Kreis zu ziehen. Wer behauptet, man müsse die Sozialdemokratie gegenüber dem Kommunismus schützen, sollte auch erkennen, daß es in der Opposition dafür bedeutend bessere Aussichten hat als in der Verantwortung ...“

... Die Sozialdemokratie hat kein Monopol für die Herrschaft Deutschlands, sie gehört jetzt, übrigens auch zu ihrem eigenen Nutzen, ebenso in die Opposition.“

Diese Konsolidierung des Organs der sozialen Schärmecker gehört zu den treffendsten Kennzeichnungen der deutschen Sozialdemokratie durch die Bourgeoisie. Seinen ist auch so klar und deutlich der Wunsch der Bourgeoisie, die Sozialdemokratie als Woll gegen die Arbeiterklasse den Kommunisten entgegenzuwerfen, ausgeprochen worden. Die Erklärung, daß man b. d. Bourgeoisie, die Sozialdemokratie vor dem Kommunismus durchschützen müsse, indem man sie zeitweise in der „Opposition“ wieder vertreten habe, erhebt sich ebenso in der Erwartung ...“

... Die Sozialdemokratie hat kein Monopol für die Herrschaft Deutschlands, sie gehört jetzt, übrigens auch zu ihrem eigenen Nutzen, ebenso in die Opposition.“

Dr. Kienle ausgesprochen hat, erhält er nur so lächerlich wenig Stimmen, daß er sofort auf eine Kandidatur verzichten mußte.

In der Diskussion kam die Erklärung der SPD-Arbeiter deutlich zum Ausdruck. Sie fragten ihre Führer der Zugehörigkeit zu gelben Organisationen an. Von Hoegner erklärte ein Delegierter, er habe sich durch sein Reichstagsmandat keine Gewissheit mache, ob er in der Parteipostitur ablaufen lassen. Angesichts dieser Konferenz ohne Abstimmung aufzulösen.

Die Vorgänge in der Sozialdemokratischen Partei verpflichten die revolutionäre Arbeiterschaft, mehr als bisher in kürzester Zeit sprach mit den ehrlichen sozialdemokratischen Klassenkollegen den Prozeß der Loslösung von dem Einfluß der sozialdemokratischen SPD-Führung zu unterrichten, die Bereitung des SPD-Vierteljahr, der am 31. Mai in Leipzig stattfindet, zu einer Abrechnung mit der verräterischen Politik der SPD-Führer zu gestalten und dadurch die Bildung einer revolutionären roten Einheitsfront im Kampf gegen Großkapital und Arbeitgeber zu fördern.

Wieder Dresden Arbeiter vor Gericht

Am Montag dem 27. April 8 Uhr findet am Münchner Platz Verhandlung gegen 18 Dresden Arbeiter statt, die angeklagt sind, durch Tragen der Uniformen den NSB weitergeföhrt zu haben. Wie schlimm muß es doch um einen Staat bestehen sein, der vor dem Tragen einer Krawatte nicht zittert. Die Arbeiter werden sicher ebenfalls Interesse für diesen Prozeß aufbringen. Am Montag dem 27. April findet 20 Uhr im Bürgergarten, Löbtau, eine von der Roten Hilfe einberufene Protestversammlung statt, die zu einer machtvollen Kundgebung gegen Klassensolidarität, für die Klassenkollektivität der revolutionären Arbeiterklasse werden muß.

„Ich habe die UGGR-Heke der DDR satt!“

Die vom Großkapital organisierte Schlammschlacht der antikommunistischen Heke hat in den letzten Wochen besonders in der Dresden Bourgeoisie ihren Ausdruck in einer großen Zahl von angeblich „objektiven“ Meldungen, wie in der heutigen Nummer des Anzeigers, oder in eisigen Schmähartikeln gefunden, die jedoch durch ihre Häufung Wirkungen und Empörung der werktäglichen Leute hervergerufen haben. Besonders der Erzähler des Herrn Theodor Schulze in der Sonnabendnummer der Dresden Neuen Nachrichten hat die Leute dieses Blattes aufgerüttelt, aber nicht in dem Sinne, wie es Herr Schulze gehofft hatte. Wie haben mehrere Zulieferer von Leuten der Neuen Nachrichten erhalten, von denen mit zunächst die eines Kleingewerbetreibenden aus Dresden-Neustadt wiedergegeben, weitere Folgen in den nächsten Tagen. Der bisherige Vorsitz der DDRM schreibt:

„Wer wie ich bemüht ist, aus dem Wuß von Schimpfszenen oder Rohrdruckleuten über Augland die Wahrheit zu ergründen, fühlt sich zunächst nicht daran, daß in den Neuenen, die in seit Jahren leise, Meldungen oder Artikel zu finden sind, die nicht gerade ruhigstens sind. Als „Gegenentwurf“ lese ich oft diese Zeitung, die Sie ja ausführliches über Augland berichten und unters Interessen, besonders in den Mietpreisfragen vertreten. Aber wie die Neuenen in den letzten Wochen gehetzt werden, was der Vorsitzender Theodor Schulze in der vergangenen Sonnabendausgabe über Augland schreibt, hat doch bei mir den Anklang gefunden. Abgelehnt davon,

dah ich mir heute von niemanden mehr erzählen lasse, daß in Augland die Arbeiter nicht genügend Brod haben (ich habe mich mit einem Mechaniker unterhalten, der seit acht Monaten in Augland ist und vor kurzem auf Urlaub wieder in D. war), stelle ich sofort einen großen Widerstreit fest. Erst tut man enttäuscht darüber, daß die Arbeiter dort „weniger zu lohen haben“ als bei uns, und dann „entzweit“ man sich, daß die Kommunisten größtenteils „keine Arbeiter“ seien, sondern an leitenden Stellen im Staat seien. Ich bin der Meinung, daß beides Lüge ist. Richtig ist, daß die Arbeiter die Macht haben, deshalb müssen sie auch Arbeiter an die wichtigsten Stellen seien. Dah ist sie nicht zu Polizeijägern werden, sollte sonst ja gerade die harre Disziplin der ruhigen Kommunisten, von der ich viel gelezen und gehört habe. Bei uns ist ja anders. Daß sie wieder überall abgetafelte Offiziere oder Peitsche an den Poltern, die von den kleinen Venen nichts wissen wollen. Die Arbeiter haben aber nichts zu sagen. Ich als kleiner Geschäftsmann merke ganz gut, daß es mir auch schlecht geht, wenn es den Arbeitern schlecht geht. Und es geht uns in Deutschland miserabel, das wird der Vorsitzender der Neuenen natürlich niemals schreiben, aber wir müssen uns darum kümmern, daß es die Welt erläutert. Die dumme Schimpfszenen gegen Augland habe ich gründlich satt. Ich bin jedenfalls nicht mehr Leiter der Neuenen Nachrichten. Ich hoffe, daß Sie von diesem Brief Gebrauch machen können.“

Hochachtungsvoll B. J., Königstraße.

Gtreif der Rohrleger in Berlin!

Die sächsischen Industriellen kündigen den Rahmenarbeitszeit

Berlin, 25. April. (Eigene Druckmeldung.)

Gegen die Berliner Rohrleger und Baulempner wurde ein Schiedsgericht gefüllt, der einen Rohrausbau von 15 Minuten pro Stunde vorschreibt. Unter dem Druck des komplizierten Rohrleger und Baulempner möchte die reformistische Bürokratie eine Urabstimmung über Ablaufnahme des Streiks durchführen lassen. Die geistige Urabstimmung ergab 2600 für Streik, 485 für Arbeit und 27 ungültige Stimmen. Damit hat beide der Streik im Rohrleger- und Gangewerbe begonnen. Zum Streik werden etwas 4000 Arbeiter erachtet. Mit allen Mitteln hatten die Bürokraten verhindert, den Kampf zu verhindern. Nachdem die erwerbslosen R. legen, etwa 70 Prozent der Branche, von der Abstimung ausgeschlossen waren, wurde in den meisten Betrieben nur von dem im DBB organisierten Kollegen abgestimmt. Für die im Einheitsverband organisierten Rohrleger und Hölzer war eine Abstimmung überflüssig, weil sie an ihrem Beschluss festhielten, den Rohrausbau mit dem Kampf zu beantworten.

Zwickau, den 25. April.

Die sächsischen Steinlehmbarone haben den Rahmenarbeitszeit am 21. August „vorweg“ gefüllt. Bei der Ablösung wird ausdrücklich hingegeben auf den Rohrausbau in Roßwein. Nach der Niederholzung der Auktionspresse sollen die sächsischen R. Kampf darauf glauben.

Die sächsischen Steinlehmbarone lassen sich den Termin des Auktions nicht mehr von den Bodenherren bestimmen, sondern sie lehnen, die in immer größerem Zahl zur RGO stoßen, bestimmen ihn. Nachdem die Bürokraten aus dem RGO den Delitzscher Betrieb abgesetzt, hat die Zentrale Betriebsleitung, wie schon erwähnt, einen Aufruf erlassen, in dem es heißt:

Der Betriebsrat und der Vorstand der sozialdemokratischen Betriebe haben die Bergarbeiter um die Freiheit ihres Kampfes gebeten.

In Delitzsch dieser Tatsache hat die am 22. April 1931 tagende Betriebsversammlung der Delitzscher Bergarbeiter eine Menge der sozialdemokratischen Wörter des Betriebs bestimmt. Die

streitenden Bergarbeiter gehen keineswegs als Verbündete in die Betriebe zurück. Sie betrachten diesen Kampf als einen großen Erfolg der Bergarbeiter.

Im Ruhrgebiet und in Oberösterreich rütteln die Unternehmer zu einem neuen Angriff auf die Gewerkschaften der Bergarbeiter. Aber um so mehr schließen sich die Bergarbeiter unter Führung der RGO zu einer einheitlichen Kampffront zusammen. Der Verbandsstag des roten Bergarbeiterverbands am 3. Mai wird zur Organisierung des Kampfes auf breiter Basis entscheidende Bedeutung haben.

Im Sachsen stehen die Bergarbeiter vor einer neuen Rohrausbauhoffnung der Unternehmer. Zu diesem Kampf gemeinsam mit den Bergarbeitern des Ruhrgebietes und Oberösterreichs muß die Bergarbeiterkraft rütteln. Der Zentrale Betriebsleitung, gefüllt auf die Bedürfnisse der streitenden Delitzscher Bergarbeiter, fordert alle Bergarbeiter auf:

Trefft alle Kampfbereitstellungen für die betroffenen R. Kampf, gegen jeden Plausch Rohrausbau!

Wählt in allen Gruben vorbereitende Kampfshäfen!

Schafft das Kampfkabinett mit den Bergarbeitern des Ruhrgebietes und Oberösterreichs. Entsendet Delegierte zum Zentralen Betriebsrat der Delitzschen Bergarbeiter am 10. Mai.

Stellt die sächsische Rohrausbauzeit und schafft nachhaltige Rohrausbauzeitstafeln. Macht Kontakt mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften.

Werbet Mitglied der Revolutionären Gewerkschaften.

Nicht zu neuen Räumen unter Führung der RGO und den roten Bergarbeiterverbänden. Zentrale Betriebs-

Morgenanfließstücks Treffen in Bad Schandau. Stellen 13.30 Uhr im Westschänke (Carlsbrau)